

18. Wahlperiode

04.02.2022

Drucksache 18/20871

Änderungsantrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2022;

hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Digitales (Kap. 16 01 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 16 01 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleitungen der planmäßigen Beamten und Richter) um 58,0 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln wird eine Stelle der BesGr. A 15 ab dem 01.07.2022 zur Stärkung der Innenrevision finanziert. Der Stellenplan wird entsprechend geändert.

Begründung:

Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) hat in seinem Jahresbericht 2012 aufgegriffen, dass die Staatsregierung die bestehende Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung der Korruption in der öffentlichen Verwaltung nicht konsequent umgesetzt hat. Einige diesbezügliche Anregungen des ORH wurden in der Folge umgesetzt, es wurde aber auch die Erwartung geäußert, dass die Staatsregierung organisatorischen Änderungen ihre Präventionsmaßnahmen regelmäßig anpasst.

Presseberichten zufolge haben aber die Staatsministerien immer noch einen personellen Engpass bei der Korruptionsbekämpfung. Die Innenrevision der Häuser sollte daher personell gestärkt werden. In einem ersten Schritt sollte dazu zumindest eine Stelle pro Staatsministerium ausschließlich zuständig sein. Die Stellen werden kostenneutral aus Kap. 02 01 umgesetzt.



18. Wahlperiode

04.02.2022

Drucksache 18/20872

Änderungsantrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2022;

hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung (Kap. 16 02 neuer Tit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 16 02 wird ein neuer Tit. "Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung" ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 58,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Begründung:

Die Einstellung und Weiterbeschäftigung von Menschen mit Behinderung darf nicht daran scheitern, dass nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um einen Arbeitsplatz behindertengerecht auszustatten. Deswegen soll das Erfolgsmodell der zentralen Ansätze für Aufträge der einzelnen Ressorts an Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetriebe auf die behindertengerechte Arbeitsplatzausstattung übertragen werden.



18. Wahlperiode

04.02.2022

Drucksache 18/20873

Änderungsantrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Kerstin Celina, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Andreas Krahl, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2022;

hier: Forschungsauftrag über extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet (Kap. 16 04 neuer Tit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 16 04 wird ein neuer Tit. "Forschungsauftrag über extremistische Radikalisierungsprozesse und Netzwerke in Gaming- und Kommunikationsplattformen und Subkulturen im Internet" ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 350,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Mit den zusätzlichen Mitteln wird eine wissenschaftliche Studie aufgesetzt.

Begründung:

Der Schutz vor Gewalt in allen Formen ist eine staatliche Pflichtaufgabe. Hassreden im Netz bestehen aus antidemokratischen Werten, Antisemitismus, Sexismus, Homophobie und Rassismus. Diese Ideologien bedrohen die politische Kultur in Deutschland sowie die Mediennutzung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zugleich. Nach Erkenntnissen der Bundes- und bayerischen Sicherheitsbehörden nutzen Rechtsextremisten, wie z. B. der Attentäter in Halle, Online-Plattformen für den weltweiten Austausch, für die Verbreitung ihrer Ideologien und für die Rekrutierung von neuen Mitgliedern. Die sozialen Medien, Plattformen wie YouTube und Gaming-Plattformen müssen ins Visier genommen und von den Behörden, die für den Verfassungsschutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, besser verstanden werden, indem diese systematisch analysiert werden. Der Staat muss informierte Entscheidungen zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger und der demokratischen, freien und offenen Rechtsordnung treffen können. Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Aufklärung dieser gesellschaftlich brisanten und komplizierten Thematiken, wie z.B. des "Dark Social" und verschiedener Internet-Subkulturen sind hierfür unabdingbar. Die Verlagerung extremistischer Aktivitäten von öffentlich zugänglichen Plattformen hin zu teilöffentlichen und bisweilen auch verschlüsselten Diensten darf nicht dazu führen, dass die Exekutive und die Justiz diese Strömungen aus den Augen verlieren. Im Jahr 2021 wurde ein Höchststand von politisch motivierten Straftaten verzeichnet, davon machten Rechtsextremisten mehr als die Hälfte aus. Menschen radikalisieren sich zunehmend online, das aktuellste Beispiel sind die Querdenker und die Verbindungen bzw. Unterwanderungen der Querdenkerszene durch Extremisten. Somit wächst das Problem stetig und das Handeln wird zunehmend dringlicher.

Mit diesem Forschungsauftrag soll eine wissenschaftliche Studie aufgesetzt werden, die einen Überblick der aktuellen Lage verschaffen und sich mit der Frage befassen soll, welche Plattformen von welchen Gruppen ausgenutzt und instrumentalisiert werden, um gefährliches, antidemokratisches Gedankengut in unserer Gesellschaft zu streuen. Aus der Studie sollten sich Handlungsempfehlungen ergeben sowie Vorschläge dazu, wie der Aufbau eines interdisziplinären Forschungsnetzwerkes erfolgen kann. In diesem Bereich gibt es noch viel interdisziplinären Forschungsbedarf.



18. Wahlperiode

04.02.2022 Drucksache 18/20874

Änderungsantrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2022;

hier: "GrünFairFilm" – Preis für ökologisch-soziale Nachhaltigkeit beim Bayerischen Film- und Fernsehpreis schaffen (Kap. 16 05 Tit. 681 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 16 05 wird der Ansatz im Tit. 681 01 (Preisgelder für den Bayerischen Filmpreis, den Bayerischen Fernsehpreis und ähnliche Veranstaltungen) um 35,0 Tsd. Euro erhöht

Mit den zusätzlichen Mitteln wird bei der Verleihung des Bayerischen Film- und Fernsehpreises eine neue Kategorie "GrünFairFilm" für nachhaltig produzierte Filme ausgelobt.

Diese Kategorie wird im Rahmen des Filmpreises mit 25.000 Euro dotiert, im Rahmen des Fernsehpreises mit 10.000 Euro.

Begründung:

Nachhaltige Filmproduktionen sichern die Zukunft des bayerischen Filmstandorts. Wir müssen sowohl für die Menschen, die in Bayern im Bereich der Filmwirtschaft beschäftigt sind, als auch für unsere Umwelt Anreize schaffen, die eine weitere Ausbeutung verhindern. Durch die Verleihung eines Preises in der Kategorie "GrünFairFilm" wird dem Thema "soziale und ökologische Nachhaltigkeit in der Filmproduktion" die ihm angemessene Aufmerksamkeit geschenkt und ein Bewusstsein für dessen Wichtigkeit geschaffen. Auch Bemühungen in Sachen Diversität vor und hinter der Kamera gehören zur sozialen Nachhaltigkeit, weil sie Systeme resilient macht. Die Academy Awards haben bereits eine Diversitätsverpflichtung für ihren Hauptpreis "Bester Film" ausgesprochen. Der Freistaat soll im internationalen Vergleich nicht Schlusslicht sein.

Der Preis für die Kategorie "GrünFairFilm" wird nach den Richtlinien zur sozial und ökologisch nachhaltigen Filmproduktion vergeben, die durch den Runden Tisch zum Thema "Nachhaltige Filmproduktion" festgelegt werden. Bis diese Richtlinien vorliegen, orientiert sich die Preisverleihung bezüglich der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit an den Standards des "FairFilmAward".



18. Wahlperiode

04.02.2022

Drucksache 18/20875

Änderungsantrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2022;

hier: Ökologische Energieversorgung am Set und Mobilität in der Filmproduktion, Anreize für mittelständische Unternehmen, grünes Drehen (Kap. 16 05 neuer Tit.)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 16 05 wird ein neuer Tit. "Umweltfreundliche Technik in der Filmproduktion" ausgebracht und für das Jahr 2022 mit 1.000,0 Tsd. Euro ausgestattet. Die Mittel stehen auch für technische Modernisierungen für Kinos und Festivals zur Verfügung.

Begründung:

Der Schutz unserer Lebensgrundlagen ist ein Schlüsselthema für unsere Gesellschaft. Im Sinne der Pariser Klimaziele müssen wir dieses Thema in allen Lebensbereichen denken. Die Film- und Fernsehbranche ist für hohe CO₂-Emissionen und einen sehr hohen Energieverbrauch verantwortlich. Doch Studien belegen, dass Umweltbelastungen durch Film- und Fernsehproduktionen bei entsprechend ökologisch nachhaltiger Produktionsweise fast halbiert werden können. Insbesondere im Bereich klimafreundliche Mobilität und Energiebedarfsabdeckung aus erneuerbaren Energien wünscht sich die Branche mehr Unterstützung.